

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Patrick Kunz und Dr. Joachim Streit (FREIE WÄHLER)

Kerosinablässe in Rheinland-Pfalz – Sachstand Transparenz

Wie einem aktuellen Artikel des „Trierischen Volksfreund“ vom 30. Juli 2021 zu entnehmen ist, gibt es in der Bevölkerung nach wie vor ein großes Informationsbedürfnis bezüglich aktueller Kerosinablässe. Der Bundesrat hat in seiner 971. Sitzung am 19. Oktober 2018 die Entschließung zur „Verbesserung der Information der Öffentlichkeit und zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen bei Kerosin-Ablässen (Fuel-Dumping)“ gefasst. In der Plenardebatte des Landtags am 19. September 2019 sagte Herr Minister Dr. Wissing: „Das Mindeste, was wir erwarten können, ist das, was auch schon mehrfach in den Fragen und auch in den Debatten angeklungen ist, nämlich, dass der Bund Transparenz herstellt. Wenn sich dann Zweifel daran ergeben, dass die Auswirkungen unproblematisch sind, wie dies in der Studie dargestellt wird, wird diese Landesregierung selbstverständlich im Rahmen eigener Zuständigkeiten alle Maßnahmen ergreifen, um gegebenenfalls auch analytisch vorzugehen“ (Plenarprotokoll 17/89, 5863). Außer der zeitlich sehr verzögerten Information über Kerosinablässe (bis zu 72 Stunden Verzögerung) auf der Homepage des Luftfahrtbundesamts hat sich seit dem Entschließungsantrag bezüglich Transparenz jedoch anscheinend nichts geändert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Schritte unternahm und unternimmt die Landesregierung von Oktober 2018 bis heute, um die vom Bund geforderten und zugesagten Informationen bezüglich aktueller Kerosinablässe über Rheinland-Pfalz auch tatsächlich zu erhalten?
2. Welche Schritte plant die Landesregierung, um endlich – nach drei Jahren – die erforderliche Transparenz bezüglich der Kerosinablässe zu erhalten?
3. Wie wird seitens der Landesregierung aktiv darauf hingewirkt, dass Summationswirkungen in Rheinland-Pfalz aufgrund häufiger Kerosinablässe vermieden werden?
4. In welcher Weise beabsichtigt die Landesregierung, die Bürgerinnen und Bürger zu beruhigen, die sich um ihre Gesundheit Sorgen machen, ohne dabei auf konkrete Informationen seitens des Bundes und eigene großflächigere Messungen zurückgreifen zu können?
5. Beabsichtigt die Landesregierung, Initiativmessungen in den betroffenen Gebieten durchzuführen, um die Validität der Studienergebnisse sicherzustellen?

Patrick Kunz und Dr. Joachim Streit